

## Zusammenfassung:

Regierungserklärung Hessischer Minister für Wirtschaft und Energie Tarik Al-Wazir (GRÜNE) am 15.07.2014 im hessischen Landtag, Wiesbaden.

Diese kann auch im Original hier nachgelesen werden:

<https://www.hmulv.hessen.de//presse/pressemitteilung/minister-betont-grosse-wirtschaftliche-chancen-der-energiewende-fuer-hessen>

### Grundsatz: "Neue Energie für Hessen"

Bei der hessischen Energiewende nicht über Probleme reden, sondern über die Chancen! Den Kritikern der Energiewende sage er, ob es ihnen noch nicht in den Kopf gegangen wäre, das Erdöl, Kohle, Gas und Uran auf diesem Planeten endlich sind und es deshalb zur gegenwärtigen Energiewende in Deutschland keine Alternative mehr gäbe! Jährlich würde Deutschland allein für den Import von Erdöl und Gas aus instabilen Weltregionen 83 Mrd. Euro ausgeben, Deutschland müsse sich und kann sich mit der jetzigen Energiewende von dieser Abhängigkeit befreien und dazu wird Hessen einen ganz entscheidenden Beitrag leisten! Diese 83 Mrd. EUR pro Jahr kann man dann auf der Habenseite verbuchen!

Im ersten Halbjahr 2014 hätten die EE bereits mit 31 % an der gesamten Stromproduktion eine tragende Säule der Stromversorgung gebildet.

Al-Wazir will Hessen hier weiter voranbringen und die Wertschöpfung aus grüner Energie in Hessen halten.

Energiepreise gehen schon jetzt durch die Decke, Öl und Gas sind seit den 90er Jahren um mehr als das 4fache gestiegen.

Zitat; "Wenn wir jetzt nicht massiv gegensteuer, werden Menschen mit kleinerem Einkommen ihre Stromrechnung bald nicht mehr bezahlen können. Strom und Gas müssen bezahlbar bleiben und nur die Energiewende macht die Energie bezahlbar !"

Die EEG Reform die jetzt beschlossen wurde behindere die Energiewende, die Photovoltaik bricht deswegen ein. Dennoch brauche man einen Systemwechsel in der Energieversorgung, weg von zentral zu dezentral, weg von fossil zu erneuerbar, weg von Verschwendung auf Sparsamkeit.

Gesamtziel von Tarek Al Wazir ist:

1.) Unternehmen mit Grünen Ideen in der Forschung, Entwicklung, Vermarktung und Produktion von Grünen Produkten nach Hessen holen, dort ansiedeln und ihnen echte Marktchancen geben, so dass sie in der Zukunft wirtschaftlich SCHWARZE ZAHLEN schreiben! GRÜNE-PRODUKTE müssen in Hessen Exportschlager werden! (Was immer das heißen mag?)

2.) Die 3fache Leistung der Windkraft in den nächsten 5 Jahren in Hessen installieren , weil durch das neue EEG die Solarkraft und Biomasse verstärkt wegfallen wird, da rückläufige Förderung. Die 2 % der Landesfläche die für WKA genutzt werden sollen sind verschwindend gering, 98% der Landesfläche bleiben ja WKA frei.

Die Regelungen dazu sind im Landesentwicklungsplan Hessen, Teilentwicklungsplan Erneuerbare Energien festgelegt und definiert. Die aktuell eingegangenen Einwände zum offen gelegten Teilplan würden zügig durch die RP bearbeitet werden. Änderungen könnten hier und da sicherlich vorkommen, aber er geht davon aus, dass alles so bleibt wie vorgestellt.

Damit das Gelingen kann, hat das Land Hessen 1,5 Mio. EUR bereitgestellt und das "Bürgerforum Energieland Hessen" gegründet um Kommunen und Bürgern die Möglichkeit zu bieten sich über Windparks zu informieren und um vertretbare ortsspezifische Projektlösungen mit geschulter Mediation zu erarbeiten. Die Bürger und Kommunen müssen von der Wichtigkeit und Richtigkeit der Windkraft überzeugt werden und bei der hessischen Energiewende aktiv beteiligt und mitgenommen werden. Die Aufgabe der Mediation übernimmt die Hessen-Agentur! Um Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz zu lösen, habe er eine Lenkungsgruppe (Arbeitskreis) aus 2 Staatssekretären ins Leben gerufen, da man zukünftig auch in Gebieten, die bisher für die WKA Nutzung nicht vorgesehen waren, diese nun prüfen müsse. Ziel sei die Vereinbarkeit von WKA und Umweltschutz mit guten pragmatischen Lösungen. Z.B. Abschattung von WKA in Vogelzugkorridoren während des Vogelzuges, Errichtung von WKA in windschwachen Gebieten. Insgesamt gäbe es in der Bevölkerung eine breite Zustimmung zur Energiewende und nur wenige Gegner.

Je transparenter und frühzeitiger die Information der Bevölkerung, desto weniger Widerstände gäbe es.

Er berichtete von einer Eröffnung eines Windparks in Rheinland-Pfalz (EVO und Juwi) letzte Woche. Der Anblick von WKA wird irgendwann genauso normal sein, wie der Anblick von Hochhäusern in Frankfurt. Das Landschaftsbild verändere sich nun einmal. Die Einwände der Denkmalschützer sind für ihn nicht relevant, sonst hätte man auch kein Hochhaus in Frankfurt bauen dürfen. WKA verändern das Landschaftsbild weniger als die Hochhäuser in Frankfurt.

3.) Hessen liegt z.Z. unter 1% bei der energetischen Modernisierung von Wohnhäusern, angestrebt werden sollen 3%! Deshalb strebt die Landesregierung die steuerliche Absetzbarkeit an und will die Kreditangebotsstruktur dafür in Hessen verbessern!

Dazu die SPD Fraktion Herr Schäfer-Gümbel:

SPD-Hessen ist mit der Landesregierung bei der Energiewende dabei! Das Erreichen des Temperaturzieles, Reduzierung um 2 Grad ist auch im Sinne der SPD!

2% der Landesfläche zur Nutzung für WKA auszuweisen reiche nicht aus, es sei doch vielmehr die Frage, ob dann dort auch WKA gebaut werden.

Grundlage bei der Energiewende in Hessen sei immer gewesen:

SAUBER-SICHER-BEZAHLBAR! Dieses Ziel würde aber die Schwarz-Grüne Landesregierung jetzt verlassen!

Laut SPD Schäfer-Gümbel wäre in Hessen jetzt alles durcheinander, nichts wäre mehr klar. Weder in Nord-Hessen noch in Mittel-Hessen noch in Süd-Hessen nicht mit der Bundeswehr in Fritzlar nicht mit dem Denkmalschutz nicht mit der Flugsicherung. Er verwies dann auf einen Brandbrief des RP-Gießen und auf die Einführung der Abstandsregelungen zu Windrädern nach der 10H-Regelung, die man

bedenken sollte! Schäfer-Gümbel: Kritik am Ausbauziel der erneuerbaren Energien, es sei nur eine Verdoppelung und Hessen hätte keinen Spitzenplatz im Deutschen Vergleich erreicht. Der Minister Al Wazir hätte in seiner Erklärung auch keine konkreten Maßnahmen und Zeitdaten genannt, wann was und wie die hessische Energiewende umgesetzt werden solle und darum sei die Regierungserklärung nicht seriös und aussagefähig, es wäre alles nur Geplärre!

Die Hessische SPD werde trotz aller Kritik den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in Hessen weiter voll unterstützen!

Dazu die CDU Fraktion Herr Stephan:

Regierungserklärung durch Wirtschaftsminister wäre i.O. SPD verfolge andere Vorgehensweisen und Zielsetzungen!

- CDU fordert einheitliche Energiestrategie in Europa,
- die steuerliche Begünstigung der Gebäudesanierung,
- einen geordneten Ausbau der Windenergie in Hessen, der Ausbau sei nicht unbedingt bis 2020 erforderlich sondern wäre auch noch bis 2050 machbar,
- fordert einen sorgfältigen Umgang mit den Menschen bei den angestrebten Projekten es bedürfe hier nicht immer der Gut-Bürger sondern der Mut-Bürger!

Weiterhin wäre die Energieberatung in Hessen voran zu bringen! Vor allem sollen die wirtschaftlichen Vorteile der Energiewende genutzt und gefördert werden!

Dabei wäre die Vorbildfunktion für Hessen und Deutschland besonders wichtig!

Dazu die LINKE Fraktion Frau Wissler:

- Die Energiewende in Hessen muss durchgesetzt werden,
- für den CO2 Ausstoß wären nicht nur die Schwellenländer verantwortlich, sondern auch Deutschland. Deutschland importiere jährlich für mehr als 80 Mrd. Euro Erdöl und Gas, diesem weltpolitisch und multikapitalistisch gesteuerten Treiben muss ein Ende gesetzt werden.
- Als eine der Alternativen der Energieförderung sollte Fracking aber in Deutschland verboten werden
- Kritik an der Kohlelobby und der Nähe zur SPD, die den weiteren Ausbau der "Erneuerbaren" unterwandern würde
- Die EEG Umlage wäre nicht der Preistreiber beim Strom, sondern die Steuern und die Übermacht der Stromkonzerne sowie die Vergünstigung für die Stromintensiven Unternehmen
- Es bestünde derzeit eine Kontroverse bei den Zielen in der Energieversorgung = Offshore/Onshore und dem Netzausbau, besser gesagt was und wer setzt sich durch Zentraler oder Dezentraler Ausbau
- es müsse überlegt werden, die Windgeschwindigkeiten aus den Kriterien des Landesentwicklungsplan zu entfernen, da ja ein Investor ja WKA nur baut, wenn diese auch wirtschaftlich betrieben werden können.
- von der 1000 m Grenze zur Wohnbebauung kann vor Ort durch die Kommune abgesehen werden.

- Hessen belege beim Ausbau der "Erneuerbaren" gerade mal Platz 11 von 16 Bundesländern
- Mehr Beratung der Städte und Kommunen, wie ihre Stadtwerke verloren gegangene Positionen bei der Energiegewinnung wieder zurückgewinnen können
- Die Energiewende wäre eine große Naturschutzmaßnahme
- Das Ziel des absoluten Ausbaus der Stadtwerke und Bürgergenossenschaften ist anzustreben, jeder 3. Bürger im Bundesland Baden-Württemberg wäre schon Mitglied einer Bürgergenossenschaft!

Dazu die FDP Fraktion - Herr Rock

Grundsätzliche Kritik an Tarek Al Wazir als Wirtschaftsminister, er wäre gar kein echter Wirtschaftsminister sondern hätte nur den Posten inne, weil er sich nur um die energiepolitischen und damit Grünen Ziele kümmere, in seiner Erklärung wäre nicht einmal nur der Hauch eines Ansatzes gewesen der erkennen ließe, dass er sich Gedanken um die Mittelständischen Wirtschaftsunternehmen in Hessen gemacht hätte, dass aber würde eine echten Wirtschaftsminister ausmachen.

- Kritik an der Subventionspolitik der Energiewende, das Märchen von des CO2-Ausstoßes der in Deutschland reduziert werden müsse, Al Wazir wüsste doch ganz genau, dass es eine EU einheitlich festgelegte CO2 Obergrenzen gäbe und wenn Deutschland seinen CO2 Ausstoß reduziere, dann können andere europäische Länder wieder mehr CO2 ausstoßen und dass würden alle hier im Raum verschweigen. Die deutsche Energiewende würde schon allein im europäischen Vergleich gar nichts bringen, aber die Grünen und speziell Herr Al Wazir halten an dieser Mähr fest!
- Nur ein geregelter CO2-Emissionshandel würde das Problem des CO2 Problems lösen und nicht die jetzt betriebene Subventionspolitik.
- Die Energiewende sollte jetzt angehalten werden, um sich nicht ideologisch zu verrennen, es würden derzeit pro Jahr rund 23 Mrd. Euro in der deutschen Volkswirtschaft umverteilt ohne dass dafür eine ordentliche Leistung herauskäme!
- Herr Al Wazir hätte keinen Masterplan aber er wolle vor allem Windräder in Hessen ausbauen, er ignoriere dabei dass es allein in Süd-Hessen 30.000 Einwände bei den geplanten Windvorrangflächen gäbe und Aussagen der Grünen wie "der Wald brauche die Windkraft" von ihrer Frau Horn sind Aussagen die von absoluter Unkenntnis rühren und die die Wirklichkeit verdrehen in der wir uns befinden!
- In den nächsten Jahren sollen über 500 Windräder in Hessen gebaut werden, das wäre das angestrebte Ziel der Landesregierung und dies wolle man so erreichen:
  - o Die Kommunen sollen dazu bewegt werden Windräder zu bauen indem man ihnen die Knebel in der Bewirtschaftung ihrer Haushaltspolitik angelegt hat und sagt "Baue ein Windrad und verdiene damit Geld oder erhöhe z.B. die Kindergartengebühren", wenn ihr Geld für einen ausgeglichenen Kommunalhaushalt braucht!
- Kritik an der Wirtschaftlichkeit der Windkraftanlagen.
- Ziel der Lenkungsgruppe und der Mediation sei doch nur die WKA vor Ort durchzusetzen
- Forderte eine echte Beteiligung der Bürger von Anfang an in den Planungsprozess

- Die 10H- Regelung soll in Hessen eingeführt werden!  
Anbei die Presseerklärung der FDP:

203\_Rock-Regierung  
serkl\_rung.pdf

Dazu die Bündnis90/GRÜNEN Fraktion - Herr Kaufmann

Massive Kritik an der Rede von Herrn Rock FDP geübt - es wäre eine Verunglimpfung und Niederträchtigkeit gewesen wie er sich hier in diesem Parlament geäußert hätte! Die Regelungen zu Abständen wären 2011 im Landesentwicklungsplan festgeschrieben worden, diese wären auch Bestandteil des Koalitionsvertrages und daran würde sich die jetzige Landesregierung weiterhin halten. Darin stünden nun mal 600m bis zu 1000m Abstand zu Wohngebieten, dass würde auch jetzt nicht geändert werden!

Der Hinweis von Herrn Rock zu Aussagen der VHU (Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände) über die Wirtschaftlichkeit der Energiewende in Hessen wären falsch!

Die Koalition stünde für Nachhaltigkeit bei der Energiewende.

Die FDP würde Angstmache im Lande betreiben und wäre damit auf dem falschen Weg!

Im Nachgang meldete sich dann der CDU Bundestagsabgeordnete des Landkreises Hersfeld-Rotenburg zu Wort:

Doch die neue Begeisterung teilt in der Landes-CDU nicht jeder. Aus Berlin meldete sich am Mittwoch der nordhessische CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Heiderich zu Wort. Er warf Al-Wazir – und damit auch indirekt seinen hessischen Parteifreunden - "einen Kniefall vor der Windradlobby" vor. "Es kann nicht angehen, die Energiefragen ausschließlich auf Kosten der betroffenen Bürger in den ländlichen Räumen lösen zu wollen." Hessen müsse vielmehr das Energiesparen oben auf die Agenda setzen. Heiderich forderte außerdem, die Bürger viel stärker in die Windrad-Planung einzubeziehen.

Es sei ihm bewusst, dass er damit einen anderen Standpunkt einnehme als viele seiner Parteikollegen im Landtag, sagte Heiderich hr-online. "Aber ich halte die einseitige Ausrichtung der Energiepolitik nicht für richtig", erklärte Heiderich, der auch schon bei der Abstimmung im Bundestag über die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) als einer der wenigen CDU-Abgeordneten mit Nein gestimmt hatte.

Mehr dazu unter:

[http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=34954&key=stand\\_ard\\_document\\_52401375](http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=34954&key=stand_ard_document_52401375)

und

<http://www.helmutheiderich.de/index.php?ka=1&ska=1&idn=358>